

# Menschenrecht Migration

Flucht und Wanderungsbewegungen aus Zentralamerika in die USA – Kriminalisierung, Militarisierung und Widerstand

[www.oeku-buero.de](http://www.oeku-buero.de)

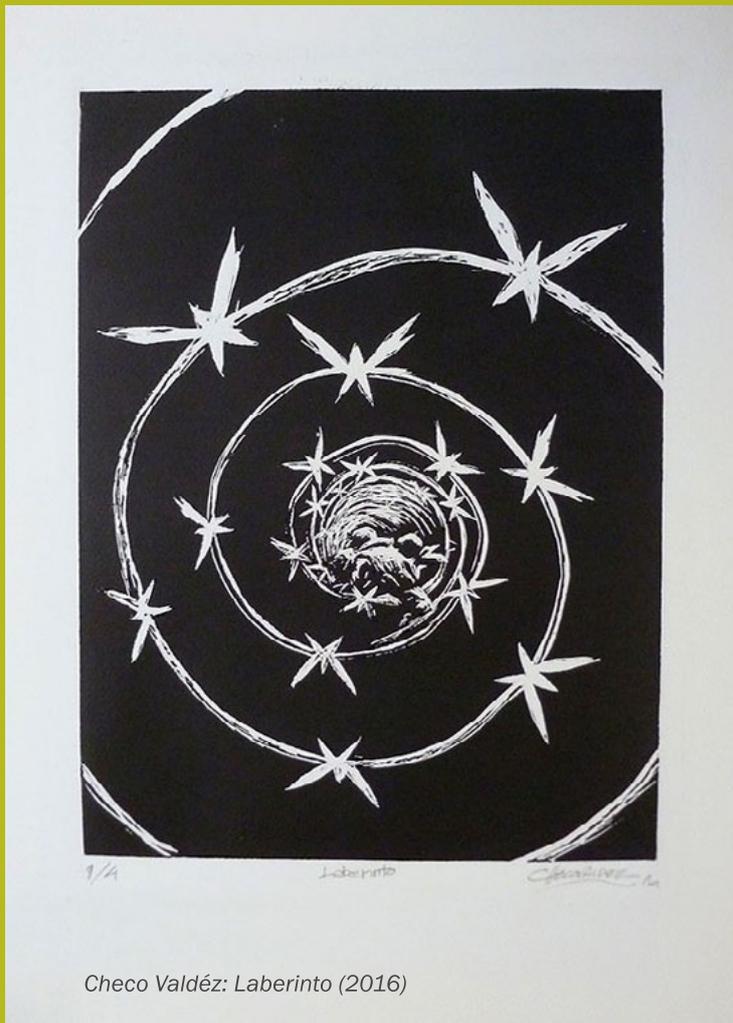
**D**ie Grenze, die weltweit am häufigsten überquert wird – von Menschen mit und ohne legale Papiere – ist die Grenze zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten von Amerika. Eine deutliche Abstimmung mit den Füßen, die uns auf die Willkürlichkeit aller Grenzen hinweist und eine Lektion für Europa in Bezug auf das eigene Grenzregime im Mittelmeer bereithalten könnte. Im November 2017 lud das Ökumenische Büro für Frieden und Gerechtigkeit zu einer Rundreise unter dem Motto „Ninguna vida es ilegal – Kein Mensch ist illegal“ nach Deutschland ein, um uns einen kritischen Spiegel vorzuhalten und gegenseitige Lern- und Erfahrungsprozesse in Sachen Migration anzustoßen. Auf den folgenden Seiten geben wir als ein Resultat dieser Begegnung die gekürzte Version eines Gesprächs mit der Aktivistin Angela Sanbrano (Mexiko/USA) wieder.

Einige Themen, die uns wichtig sind für einen kritischen Blick auf die Verhältnisse in beiden Kontinenten, seien hier kurz angerissen: Die Perspektive der Migrant\*innen aus den Staaten des „nördlichen Dreiecks“ Guatemala-El Salvador-Honduras zeigt eindrücklich, dass die in Europa akribisch betriebene Trennung in „politische“ und „Wirtschafts“-Flüchtlinge, in Asylberechtigte und Menschen mit geringerem oder ohne Schutzstatus mehr als zweifelhaft ist. Aus Sicht vieler Migrant\*innen ist sie unmenschlich und obsolet. Das amerikanische Beispiel macht auch deutlich, dass Armut, soziale Ungleichheit und Gewalt

„Pushfaktoren“ sind, deren Wirkung durch die willkürliche Reduzierung der „Pullfaktoren“, also durch immer brutālere Abschreckungsmaßnahmen in den Zielländern, nicht gemindert werden. Im Gegenteil: Die herrschende Politik und Wirtschaftsordnung verstärkt Fluchtursachen, statt sie zu bekämpfen. Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen geht vom Paradigma kapitalistischer Entwicklung aus und spricht Migration als Sustainable Development Goal (SDG) 10 unter dem Titel „Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern“ an. In ihren Forderungen bleibt sie entsprechend mehrdeutig: „Eine geordnete, sichere, reguläre und verantwortungsvolle Migration und Mobilität von Menschen erleichtern, unter anderem durch die Anwendung einer planvollen und gut gesteuerten Migrationspolitik“.

Europäische Einwanderungspolitik könnte aus den Erfahrungen Mittelamerikas, Mexikos und der USA lernen, was passiert, wenn Grenzräume immer stärker militarisiert werden und Freiräume für das organisierte Verbrechen durch

die Illegalisierung der Migration immer weiter wachsen. Wenn Migration zum Teil der Sicherheitspolitik wird und Migrant\*innen als Sicherheitsrisiko betrachtet werden, bleiben Menschenrechte auf der Strecke. Aus Politik wird „Nekropolitik“ (Achille Mbembe). Dagegen setzen wir weiter auf die internationalistische Perspektive offener Grenzen, auf Solidarität und Bleiberecht.



Checo Valdéz: Laberinto (2016)

## „REMESAS“ - EIN WIRTSCHAFTSFAKTOR

In den zentralamerikanischen Staaten und in Mexiko sind Geldsendungen von Migrant\*innen aus den USA, die so genannten remesas, ein essentieller Bestandteil der Volkswirtschaften. Sie ersetzen vielfach staatliche Sozialleistungen und Investitionen in Bildung und Gesundheit und sie betragen ein Vielfaches so genannter Entwicklungshilfe. In Mexiko überstiegen sie 2015 mit 56 Milliarden US-Dollar die Einnahmen aus dem Ölgeschäft (Spiegel online 11. 11. 2016). In El Salvador sind sie mit 4,46 Milliarden US-Dollar nach den gesamten Exporterlösen (6,63 Milliarden US-Dollar) die zweitgrößte Devisenquelle des Landes und die zweitgrößte Einnahmequelle für private Haushalte. (Zahlen 2016 nach: Exportschlager Arbeitskraft, ILA 409, S. 29ff.) Täglich werden etwa 12 Millionen US-Dollar aus den USA nach El Salvador überwiesen. Ein enormes Geschäft für Banken und Geldtransferunternehmen, die hohe Gebühren verlangen. SDG 10 der UN-Agenda 2030 fordert: „By 2030, reduce to less than 3 per cent the transaction costs of migrant remittances and eliminate remittance corridors with costs higher than 5 per cent.“ (<http://www.un.org/sustainabledevelopment/inequality/>)

## INTERVIEW MIT ANGELA SANBRANO, MEXIKANISCH-US-AMERIKANISCHE AKTIVISTIN AUS LOS ANGELES

**Du bist direkt an der Grenze zwischen Mexiko und den USA aufgewachsen. Wie hat das dein Leben geprägt?**

Ich wurde in der Grenzstadt Ciudad Juárez im mexikanischen Bundesstaat Chihuahua geboren und habe von Kindesbeinen an die Grenze nach El Paso, Texas überquert.

Es gab eine Straßenbahn von Mexiko in die USA, dort stiegen die Grenzpolizisten ein und musterten die Fahrgäste. Willkürlich, nach „racial profiling“-Kriterien, fingen sie an, einzelne Leute nach ihren Papieren zu fragen. Bisweilen auch Frauen oder Kinder. Wenn sie

## MIGRATION IN ZAHLEN

Zwischen 2005 und 2010 verließen etwa 28,5 Millionen Lateinamerikaner\*innen ihre Herkunftsländer, 80 Prozent in Richtung USA. 11,8 Millionen stammten aus Mexiko, zwei Millionen aus Kolumbien (wo es sechs Millionen Binnenvertriebene gibt), 1,2 Millionen aus El Salvador. Knapp die Hälfte der Vier- bis 17-jährigen verlassen ihre Herkunftsländer – vor allem Honduras – wegen der Gewalt dort. Auf dem Weg nach Norden verschwanden 2016 etwa acht Millionen von ihnen waren formal angestellt, fast alle im Niedriglohsektor. Sie machen fünf Prozent der Beschäftigten in der Landwirtschaft arbeitenden sind „ohne Papiere“. (Quellen: CEPAL und UNHCR, nach Zimmering 2017).

keine dabei hatten hieß es: „Steig aus!“ Und ich sagte zu dem Polizisten: Warum lässt du die Frau aussteigen? Siehst du nicht, dass sie ein Kind dabei hat? Und er erwiderte: „Halt die Klappe! Du hast hier gar nichts zu melden.“

Die Migrationspolizei hat ständig nach Leuten gesucht, um sie festzuhalten, in den Arrest zu stecken und zu deportieren. Tatsächlich haben sie mich schon als Kind mehrere Mal zurückgeschickt, wenn ich meine Papiere nicht dabei hatte. Sie fragten nach meiner „mica“ (der laminierten Karte für den Grenzübergang, d.Red.), ich hatte sie zuhause vergessen, also nahmen sie mich fest und brachten mich in den Keller. Ich habe mich schon von klein auf mit der Grenzpolizei herumgestritten. Da war ich etwa zehn, zwölf Jahre alt. Ich fand ungerecht, wie sie uns behandeln. Als ob wir grundsätzlich unerwünscht wären. Von klein auf habe ich dagegen angekämpft.

**2005 hast du zu denen gehört, die in Los Angeles Millionen Menschen gegen verschärfte Migrationsgesetze mobilisiert haben. Wie kam es dazu?**

Nach den Terrorangriffen in New York 2001 wurde die Antimigrationspolitik verschärft und 2005 ging sie schließlich so weit, dass versucht wurde, diejenigen zu kriminalisieren, die Menschen ohne Papiere halfen und sie unterstützten. Ihnen sollten bis zu fünf Jahre Gefängnis drohen. Als wir erfuhren, dass das Gesetz bereits das Repräsentantenhaus passiert hatte, konnten wir nicht zulassen, dass auch der Senat es verabschiedet. Also haben wir eine große Menge Leute mobilisiert. Es waren die größten Demonstrationen, die es bisher in den USA gab. Wie haben wir das geschafft? Die spanischsprachigen Medien spielten eine Schlüsselrolle. Wir haben Radio für Radio abgeklappert und darüber gesprochen, wie wichtig es ist, auf die Straße zu gehen.

Dann gab es auch TV-Kanäle und Zeitungen, die uns unterstützten und wir konnten viele Interviews geben. Die Kirchen erlaubten

uns, jeden Sonntag Flugblätter zu verteilen und bei den Predigten zu sprechen. Auch die Gewerkschaften gaben uns die Möglichkeit zu den Arbeiter\*innen zu sprechen. Das war erstaunlich, denn es ist verboten, zu wilden Streiks aufzurufen. Angehörige vieler Berufe, Ärzt\*innen, Krankenpfleger\*innen, haben sich auch ganz unglaublich mit den Migrant\*innen solidarisiert. Dann kamen die Tage der Demonstrationen im März 2006. Die erste war in Chicago. Dort gingen 300.000 Menschen auf die Straße. Anderthalb Millionen Menschen demonstrierten bei uns (in Los Angeles, d.Red.) Und dann kamen weitere Städte hinzu, wie ein Schneeball, der rollt und rollt und immer größer wird. So haben wir erreicht, dass der Gesetzesvorschlag im Senat gar nicht behandelt wurde. Wir haben das Gesetz gestoppt. Das war ein wichtiger Erfolg.

**Ausgerechnet unter Präsident Obama kam es dann aber zu extrem vielen Abschiebungen. Bis zu drei Millionen Menschen wurden deportiert. Warum?**

Obama wollte eine ganzheitliche Reform der Migrationspolitik, mit dem Ziel, dass Menschen ohne Papiere einen permanenten Aufenthalt bekämen und nach fünf Jahren einen Antrag auf Einbürgerung stellen könnten. Obama argumentierte, wenn du Millionen Menschen einen legalen Status nur über eine Arbeitserlaubnis gibst, dann bekommst du ein Heer von Menschen „zweiter Klasse“, also eine Art Apartheid, und das ist nicht akzeptabel. Die Vorgeschichte ist, dass immer wieder versucht worden war, eine Reform auf der Basis eines „Gastarbeiter\*innen-Status“ hinzubekommen. Obama versuchte nun, die Republikaner\*innen zu überzeugen. Dass er bereit sei, die Südgrenze dicht zu machen und die Migration aus Mexiko und Zentralamerika in die USA zu erschweren. Sein Diskurs war: „Ich bin so sehr einverstanden mit den Republikaner\*innen, dass ich sogar abschieben lassen werde - zu allererst kriminelle, vorbestrafte Migrant\*innen.“ In Wirklichkeit waren viele ohne Vorstrafen dabei und so hat er es geschafft, drei Millionen Menschen abschieben zu lassen.

**Die Abschiebungen fanden statt, aber die Reform und Einbürgerung der Millionen Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus nicht. Und dann hat Trump die Wahlen gewonnen. Wie sieht das Szenario jetzt aus?**

Es kam soweit, dass wir Obama den „Chefabchieber“ (Deporter in Chief) nannten und er wurde ganz schön wütend, als er das hörte. Aber es ist wirklich so, dass er die Grundlage für Trump geschaffen hat. Trump hat keine neue Politik erfunden, er hat nur Verschärfungen durchgesetzt.

Der Hass, die Fremdenfeindlichkeit, der Rassismus, die Ideologie von der „weißen Überlegenheit“ und die Angriffe auf Einwander\*innen waren ohnehin schon vorhanden und ein gemachtes Bett für Trump. Vor allem bei vielen Arbeitern im Mittleren Westen, weißen Männern, die sich an den Rand gedrängt fühlen, ihre Jobs verloren haben, die keine akzeptable Zukunft für sich sehen, verfangt es, wenn Trump Migrant\*innen als Sündenböcke benützt, indem er

sagt: „Diese Einwanderer sind Kriminelle, vor allem die Mexikaner. Sie sind Drogenhändler und Vergewaltiger. Und sie nehmen euch Weißen die Arbeit weg.“ Er sah, dass die Strategie funktionierte und benutzt sie weiter. Er werde elf Millionen Menschen ohne Papiere abschieben lassen, vielleicht noch mehr, und eine riesige, starke Mauer errichten, damit keine mehr nachkommen. Und Mexiko müsse die Mauer bezahlen.

**Was bedeutet das für die Migrant\*innen aus Zentralamerika und Mexiko, die in den USA leben und arbeiten?**

Als erstes wurde die Deportationspolitik verschärft. Es wurden mehr Zentren für Abschiebehäft eingerichtet. Inzwischen gibt es über 600 davon, in denen über 650.000 Menschen festgehalten werden. Die Verfahren wurden beschleunigt und dann wird auch schnell abgeschoben.

Um sein antimigrantisches „Chefabchieber“-Image ein wenig aufzupolieren, hatte Obama für bestimmte jugendliche Einwander\*innen das so genannte „Deferred Action for Childhood Arrivals“ (DACA)-Programm aufgelegt. Durch das DACA-Programm waren diese Jugendlichen (die mit ihren Eltern illegal ins Land gekommen waren, d.Red.) einstweilen in der Schwebel, sie konnten aber bleiben, hatten Aussicht auf eine Arbeitserlaubnis, die Möglichkeit, zur Schule zu gehen, Sozialleistungen zu bekommen, den Führerschein zu machen usw. Im September 2017 hat Trump DACA für 800.000 Jugendliche gestoppt. Und er sagte, wenn der Kongress binnen sechs Monaten keine Lösung für sie findet, dann müssen sie mit Abschiebung rechnen. Der Kongress muss nämlich ein Gesetz verabschieden, das einen dauerhaften legalen Status für die Jugendlichen ermöglicht. So wie die politische Lage derzeit ist, bezweifle ich, dass das geschehen wird. Auch wenn es manchmal Wunder gibt. Die Jugendlichen machen viel Druck und viele Leute solidarisieren sich mit ihnen...

**Worin siehst du die Hauptursachen und die Auslöser für die Migration aus Zentralamerika in die USA?**

Wir wissen doch, dass die USA und die großen transnationalen Konzerne mit den Freihandelsabkommen auf die Ausbeutung von Rohstoffen und auf Großprojekte, z.B. im Tourismus, setzen. Als das Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA in Mexiko in Kraft trat, begannen die USA Mais nach Mexiko zu verkaufen. Dabei hatte Mexiko immer genug Mais produziert und sogar exportiert. Jetzt importiert Mexiko Mais. Und was ist mit den Bauern und Bäuerinnen und den Landarbeiter\*innen passiert? Die Landwirtschaft in Mexiko und Zentralamerika wurde kaputt gemacht. Wenn die Länder in den Freihandel einsteigen, ruinieren sie ihre lokale Produktion, die nicht mit den großen Konzernen konkurrieren kann. Und die Arbeiter\*innen werden entlassen. Sie wandern in die großen Städte oder in die USA. Hier liegt immer noch eine der Hauptursachen für Migration. Eine weitere sind große Naturkatastrophen wie Erdbeben und Wirbelstürme. Den Leuten bleibt keine andere Wahl, als aus den Katastrophengebieten wegzuziehen.

Ein wichtiger Grund liegt auch in den Deportationen. Jugendliche, die bei Gangs mitmachen werden deportiert. Es gibt tausende Bandenmitglieder, die nach El Salvador, Guatemala und Honduras abgeschoben wurden. Dort verstärken sie dann die Bandenkriminalität. Bei deren Schutzgeld-Erpressungen haben die Leute keine Chance: Wenn sie dich erpressen und du kannst nicht zahlen, musst du sofort weg. Und es gibt sehr viel Rekrutierung unter Jugendlichen. Wenn nötig auch mit Gewalt und einer Pistole an der Schläfe. Wenn eine Familie nicht will, dass ihr Kind Mitglied bei einer Bande wird, schickt sie es nach Norden. Auf diese Weise kamen 2014 über 60.000, fast 70.000 unbegleitete Minderjährige an der Grenze zu den USA an.

Ein anderer Grund sind die erwähnten Großprojekte. Die Konzerne vertreiben für ihre Bauvorhaben ganze Dörfer. Führungspersonlichkeiten, die Territorien verteidigen, werden ermordet. Wie zum Beispiel Berta Cáceres, die für indigene Lenca-Gemeinden in Honduras stritt.

**Hier in Europa werden Entwicklungshilfeprogramme als Teil von Migrationsbekämpfungsmaßnahmen aufgelegt. Sie sollen Auswanderer\*innen aus Afrika fern halten. Wie ist das auf dem amerikanischen Kontinent?**

Als 2014 derart viele unbegleitete Minderjährige an der US-Grenze ankamen, nutzte die Regierung Obama diese Situation, um die so genannte „Allianz für den Wohlstand“ voranzutreiben. Dieses Programm sollte angeblich dazu dienen, die Leute in ihren Herkunftsländern zu halten. In Wirklichkeit wurde das Geld genutzt, um die Grenze zu militarisieren, Straßen für den schnelleren Warenverkehr zu bauen und bessere Investitionsbedingungen zu schaffen. Und was bewirken diese Investitionen? Wie eben gesagt: Die Konzerne vertreiben Leute, sie schaffen keine Arbeitsplätze für die lokale Bevölkerung.

Die USA machen viel Druck auf Mexiko, damit besonders die Grenze zwischen Guatemala und Mexiko militarisiert wird. Das heißt, man verschiebt das Grenzregime vom Süden der USA in den Süden Mexikos. Deswegen sind die Migrant\*innen gezwungen, gefährlichere Routen zu nutzen, wo sie erpresst, ausgeraubt und, vor allem Frauen, vergewaltigt werden. Viele verschwinden spurlos oder sterben.

**Ist für die Gefahren auf dem Weg nicht auch die Komplizenschaft zwischen organisiertem Verbrechen und staatlichen Stellen verantwortlich?**

Dass Millionen Menschen ein Land passieren, wäre nicht möglich ohne die Komplizenschaft der staatlichen Stellen. Außerdem hat der Drogenhandel die Migration als lukratives Geschäft entdeckt. Ein Coyote, also ein/e Schleuser\*in, der oder die verspricht, eine Person von El Salvador in die USA zu bringen, kassiert dafür zwischen 10.000 und 15.000 Dollar. Mit diesem Geld werden unterwegs auch Bestechungsgelder an Polizist\*innen bezahlt, damit sie die Migrant\*innen passieren lassen. So entsteht ein ganzes Korruptionsnetz und eine unglaubliche Straflosigkeit.

**Kehren wir nochmals in die USA zurück und reden wir vom Widerstand. Wir hören hier von der Sanctuary-Bewegung, die versucht, öffentliche Institutionen, aber auch ganze Städte**



Angela Sanbrano (Foto: Nikolaus Hoening O'Carroll)

**als sanctuaries, also Zufluchtsorte für Migrant\*innen ohne Papiere, auszuweisen. Wie funktioniert das?**

Eine der Komponenten der Antimigrant\*innenpolitik von Präsident Trump ist zu verlangen, dass die lokale Polizei der Einwanderungspolizei bei Festnahmen und Deportationen hilft.

Das ist der Kontext, in dem sich Kirchen, Stadtverwaltungen, Universitäten, alle möglichen Einrichtungen, zu sanctuaries (Zufluchtsorten, d. Red.) erklären. Das bedeutet, dass lokale Polizeikräfte der Bundespolizei nicht helfen, wenn diese in Krankenhäuser, Gerichtsgebäude usw. eindringt, um Leute für die Abschiebung festzunehmen.

Das kalifornische Repräsentantenhaus hat vor einigen Wochen das Gesetz SB-54 verabschiedet: Es verbietet der Polizei im ganzen Bundesstaat mit der Migrationspolizei zusammenzuarbeiten. Wir organisieren uns in Bürgerkomitees und machen Druck, damit die Kommunen das Gesetz auch wirklich umsetzen.

*Angela Sanbrano wurde 1945 in Mexiko geboren. Sie studierte in Kalifornien (USA) Psychologie und Jura. In den 1980er Jahren leitete sie die Solidaritätsbewegung für El Salvador in den USA (CISPES) und wurde 1992 zur Unterzeichnung des Friedensabkommens zwischen Guerilla und Regierung eingeladen. Sie arbeitete jahrzehntelang in Leitungspositionen migrantischer Organisationen wie dem Netzwerk Alianza Americas und der Selbsthilfeorganisation zentralamerikanischer Migrant\*innen Centro de Recursos Centroamericanos (CARECEN). Aktuell ist sie u.a. Geschäftsführerin der Red Mexicana de Lideres y Organizaciones Migrantes (RedMX).*

*Das Gespräch mit Angela Sanbrano führten Dr. Peter Gärtner (Quetzal e. V., Leipzig) und Andrea Lammers (Ökubüro, München) im November 2017 in Leipzig. In ganzer Länge ist es hier zu finden: [www.oeku-buero.de](http://www.oeku-buero.de)*

## QUELLEN UND ANREGUNGEN ZUM WEITERLESEN

Link- und Dokumentenliste unter: <http://www.bmz.de/de/themen/migration/dokumente/index.html>

Veröffentlichungen der Bundeszentrale für Politische Bildung, zum Beispiel: <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/newsletter/208215/karten-instrumente-der-migrationskontrolle>

Wissenschaftliche Auseinandersetzung mit erzwungener Migration und Flucht:

[www.fluechtlingsforschung.net](http://www.fluechtlingsforschung.net)

Achille Mbembe: Necropolitics. Public Culture (2003) 15 (1): 11-40. DOI: <https://doi.org/10.1215/08992363-15-1-11>

### Zu Lateinamerika:

ILA – Das Lateinamerika-Magazin, Nr. 409 „Migration“, Oktober 2017 [www.ila-web.de](http://www.ila-web.de)

Heinrich Böll Stiftung: perspectivas Lateinamerika, Ausgabe 3: Kommen, Gehen, Bleiben, Weiterziehen. Facetten der Migration in Lateinamerika, Juni 2017

Raina Zimmering: Lateinamerikanische Migration und der Blick nach Europa. 140 S. WeltTrends Potsdam 2017

### Selbstorganisation von Familienangehörigen verschwundener Migrant\*innen aus Zentralamerika:

<https://movimientomigrantemesoamericano.org/>

<http://cofamide.blogspot.de/>

<https://www.facebook.com/Cofamipro-Comite-de-Familiares-de-Migrantes-Desaparecidos-del-Progreso-107037279389677/>

<https://www.facebook.com/Cofamicenh-1635491680066764/?fref=ts>

### Aktiv werden:

- Ist möglich über lokale Flüchtlingsräte und No-Border-Initiativen.

- <https://solidarity-city.eu/de/> strebt eine europäische Variante und politische Ausweitung der Sanctuary Cities als wirkliche Schutz- und Zufluchtsorte an.